

**Lösungshinweise**

Seite 194/195

**TERRA DIFFERENZIERUNG****Angebot 1: Wanderungsziel Europäische Union**

1 Charakterisieren Sie Ausmaß und Formen der Zuwanderung in die EU.

Wie bereits aus Grafik 10, S. 193 hervorgeht, steigen seit dem Abklingen der 2008 einsetzenden Finanz- und Wirtschaftskrise die positiven Wanderungssalden für Deutschland wieder an. Ähnliches gilt für andere EU-Staaten mit stabiler wirtschaftlicher Situation.

Text 5 unterscheidet folgende Formen der Zuwanderung bzw. Gruppen von Migranten:

- Asylsuchende aufgrund politischer Verfolgung,
- Wirtschaftsflüchtlinge mit der Hoffnung auf eine Berufstätigkeit in der EU zur Unterstützung der Daheimgebliebenen; Ausreise nach Europa entweder organisiert durch kriminelle Schleuserbanden oder Einreise mit einem Touristen-, Geschäfts- oder Studentenvisum mit Überziehung der Aufenthaltsgenehmigungsdauer („overstayers“),
- Hochqualifizierte und deren Familienangehörige mit offizieller Einreise im Rahmen einer Blue Card.

**Zusatzinformation: Grundzüge des „Zuwanderungsgesetzes“ von 2005 (Deutschland)**

- Ziel/Prinzip: Gesetz soll Zuwanderung zum Zwecke qualifizierter Erwerbstätigkeit erleichtern, Zuzug von Ausländern steuern und begrenzen sowie die Integration der Zuwanderer verbessern.
- Nur noch zwei Aufenthaltstitel: (befristete) Aufenthaltserlaubnis und (unbefristete) Niederlassungserlaubnis (wegen: Erwerbstätigkeit, Ausbildung, Familiennachzug, Humanitären Gründen).
- Schaffung des (neuen) Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge: Durchführung von Integrationskursen für Ausländer und Spätaussiedler; Maßnahmen zur Förderung der freiwilligen Rückkehr
- Arbeitsmigration:
  - Niederlassungserlaubnis für Hochqualifizierte sowie mit- oder nachziehende Familienangehörige (zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt);
  - Aufenthaltserlaubnis für Selbstständige bei einer Investition von mindestens 1 Mio. Euro und der Schaffung von mindestens 10 Arbeitsplätzen
  - Bleiberecht für bis zu einem Jahr für Studenten nach erfolgreichem Studienabschluss zur Möglichkeit der Arbeitsplatzsuche
  - Beibehaltung des Anwerbestopps für Nicht- oder Geringqualifizierte
    - Humanitäre Zuwanderung
  - Gewährung des Flüchtlingsstatus entsprechend den EU-Richtlinien („GFK-Flüchtlinge“ = Genfer Flüchtlingskonvention)
  - kein Aufenthaltstitel bei Verschulden des Ausländers (z. B. Identitätsverschleierung)
- Kindernachzug: Nachzugsanspruch bis 18. Lebensjahr bei Kindern von Asylberechtigten, GFK-Flüchtlingen; bei Beherrschung der deutschen Sprache oder „positiver Integrationsprognose“

- Integration: Integrationskurse für Neuzuwanderer und „Bestandsausländer“ (geschätzte Kosten des Bundes 188 Mio. € pro Jahr); bei Verletzung der Teilnahmepflicht Leistungskürzungen (z. B. Alg II – Sozialhilfe)
- Sicherheitsaspekte:
  - Einführung einer Abschiebungsanordnung aufgrund einer „tatsachengestützten Gefahrenprognose“; Rechtsschutz nur in einer Instanz vor dem Bundesverwaltungsgericht; falls Abschiebung an Abschiebehindernissen scheitert (Folter, Todesstrafe) sollen Meldeauflagen, Einschränkungen der Freizügigkeit sowie strafbewehrte Kommunikationsverbote erhöhte Sicherheit bringen
  - Schleusen als Ausweisungsgrund
  - Regelausweisung bei Mitgliedschaft in oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, bei Leitern von verbotenen Vereinen
  - Ermessensausweisung für „geistige Brandstifter“; z. B. „Hetzer“ in Moscheen
- Unionsbürger: Freizügigkeit wie für Deutsche; allerdings Meldepflicht bei Meldebehörden bei dauerndem Aufenthalt
- Spätaussiedler: Voraussetzung für Aufnahme ist Nachweis von Grundkenntnissen in der deutschen Sprache

2 Arbeiten Sie Grundzüge der EU-Migrationspolitik heraus.

Den Materialien sind folgende Grundzüge zu entnehmen:

- Gewährung des Asylrechts für politisch Verfolgte im Rahmen der Europäischen Grundrechtscharta; enge Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten zur Verhinderung des Missbrauchs (z. B. Abgleich über Fingerabdruck-Datenbank Eurodac)); restriktive Behandlung der Asylanträge
- unterschiedlicher Umgang mit irregulären Migranten; z. B. in Frankreich und Spanien Tendenzen zur Legalisierung des Aufenthaltes dieser Migrantengruppe zur Erleichterung ihrer Eingliederung in den Arbeitsmarkt; in Deutschland eher Tendenz zum Aufspüren und Abschieben
- Versuche zur Abschottung der europäischen Wohlstandsinself gegenüber illegaler Zuwanderung durch Grenzüberwachungssysteme (Eurosur)
- Förderung der Zuwanderung von Hochqualifizierten durch Blue Card-Regelungen (bzw. entsprechender Regelungen im Rahmen des „Zuwanderungsgesetzes“ von 2005)

3 Erörtern Sie die mit dem Schengener Abkommen verbundenen Maßnahmen.

Die Schüler sollen aus verschiedenen Perspektiven heraus Vorteile und Folgen der Schengen-Maßnahmen gegenüberstellen und zu einem begründeten sowie differenzierten Urteil kommen. Dabei können u. a. folgende Aspekte angeführt werden:

Chancen	Probleme
<ul style="list-style-type: none"> <li>- bequemes Reisen im Schengen-Raum ohne zeitraubende Personenkontrollen</li> <li>- freie Arbeitsplatzsuche und Niederlassungsrecht in allen Mitgliedstaaten</li> <li>- mehr Sicherheit durch grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit, insbesondere auch bei Verfolgung von Straftätern über die Grenzen hinweg</li> <li>- Möglichkeiten gemeinsamer Maßnahmen gegen grenzüberschreitenden Drogenhandel</li> <li>- durch Zusammenarbeit im Justizwesen vereinfachte Rechts-hilfen z. B. bei Strafsachen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Abschottung nach außen, Errichtung einer „Festung Europa“</li> <li>- Sterben von Flüchtlingen an den hochgerüsteten europäischen Außengrenzen als Folge der Schengener Abwehrpolitik</li> <li>- rigorose Abschiebung von aufgegriffenen Flüchtlingen an den Außengrenzen, Häufung ohne Prüfung des Asylanspruchs</li> <li>- Aushöhlung des Asylrechts</li> <li>- Verschärfung des Visum-Zwanges für Nicht-Schengen-Staaten</li> </ul>

10

4 Beurteilen Sie – auch auf der Grundlage einer entsprechenden Umfrage in Ihrem Umfeld – die Ergebnisse der Studie in M6.

Die Studie offenbart, dass das Thema Zuwanderung viele EU-Bürger – nicht nur in Deutschland – beunruhigt. Die Ängste und Befürchtungen speisen sich dabei weniger aus ökonomischen Faktoren (Angst vor Arbeitsplatzverlusten oder Lohndumping). Im Vordergrund stehen kulturelle und soziale Aspekte. Menschen fürchten sich vor soziokulturellen Veränderungen in ihrem Umfeld. Aktueller Ausdruck derartiger Vorbehalte ist die so genannte „Pegida-Bewegung“, die die Angst vor einer Islamisierung unserer Gesellschaft thematisiert.

Es ist sicher reizvoll, anhand des Textes 6 einen Fragebogen für eine entsprechende kleinere Erhebung im Umfeld (z. B. Lerngruppe, Jahrgangsstufe, Freundes- und Bekanntenkreis) zu entwerfen. Die Ergebnisse können die Grundlage für eine – auch angesichts aktueller Ereignisse – lebhaftige Plenumsdiskussion bilden. Unter Offenlegung der angewandten Kriterien sollten sich die Schülerinnen und Schüler dabei ihre eigene Position bewusst machen.